

A1 Grüne und soziale Mietenpolitik tut Not – viele Wege führen nach Wien!

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger/Thomas Weigelt (KV Xhain)

Antragstext

1 R2G wirkt! Mit dem Mietendeckel kommen wir der gemeinwohlorientierten
2 Neuausrichtung des Berliner Wohnungsmarktes à la Wien ein Stück näher. Damit
3 zeigt sich auch, dass eine links-progressive Regierung die drängendste soziale
4 Frage unserer Zeit angeht, Wohnen als öffentliche Daseinsvorsorge begreift und
5 bereit ist, dafür neue, unsichere Wege zu gehen. Aber die Diskussionen um den
6 Mietendeckel verdeutlichen auch, wie groß die Beharrungskräfte in weiten Teilen
7 der SPD sind. Wir Grüne müssen hier die Koalition antreiben und dabei die
8 Bestandsmieter*innen genauso wie die Zu- und Umziehenden in den Blick nehmen.

9 Der Mietendeckel darf erst der Anfang sein

10 Der Mietendeckel hat gezeigt, dass es ohne das laute Einfordern von mehr
11 Mieter*innenschutz keine Fortschritte geben wird. Wir Grüne waren es, die
12 zusammen mit den Linken dafür gesorgt haben, dass ein echter Mietendeckel kommt
13 – auch dank des jahrelangen Drucks der Mieter*innen-Initiativen. Es ist eine
14 Frage der Gerechtigkeit, dass nicht die unredlichen Vermieter*innen profitieren
15 und überhöhte Mieten nicht weiterhin verlangt werden dürfen. Deshalb ist die
16 Absenkung von Mieten durch den Mietendeckel ein wichtiges Signal. Hier wird oft
17 gegen den Deckel angeführt, dass vor allem die Reichen und Gutverdiener vom
18 Mietendeckel profitieren würden. Statistisch mag dies vielleicht mehrheitlich so
19 sein. Grundsätzlich geht es aber um den Anspruch, dass Mieten nicht bis ins
20 Unendliche, je nach Renditeerwartungen der „Investor*innen“, steigen dürfen. Mit
21 dem Mietendeckel sorgen wir auch dafür, dass Mieten nicht mehr exorbitant
22 steigen nur weil jemand auszieht. Unser politischer Anspruch ist: es muss
23 möglich sein, sich mit einem durchschnittlichen Lohn eine bedarfsgerechte
24 Wohnung leisten zu können. Auch und gerade für Menschen mit kleinem Geldbeutel
25 muss Wohnen in jedem Kiez wieder leistbar werden und deshalb profitieren auch
26 sie vom Mietendeckel. Der Mietendeckel sorgt dafür, dass sich das Mietpreis-
27 Karussell nicht noch weiter dreht – was hoffentlich auch sinkende (oder
28 zumindest gleichbleibende) Bodenpreise bewirken wird. Der Mietendeckel soll den
29 1,5 Millionen Haushalten in Berlin eine fünfjährige Atempause und Rot-Rot-Grün
30 mehr politischen Spielraum verschaffen. Das ist bitter nötig, denn wir laufen
31 den wohnungspolitischen Fehlentwicklungen der letzten 20-30 Jahre immer noch
32 hinterher. Jetzt gilt es diesen Spielraum über 2021 hinaus zu nutzen.

33 Wohnen ist soziale Daseinsvorsorge – Eigentum verpflichtet

34 Der Markt hatte lange genug Zeit, um den Neubau in unserer Stadt zu regeln. Er
35 hat aber deutlich am Bedarf vorbei gebaut und ist daher nicht die Lösung für die
36 Wohnraumprobleme unserer Stadt. Wir Grüne sind für Neubau. Der private Neubau
37 von Wohnungen sorgt aber nicht für die Wohnungen, die am meisten von den
38 Berliner*innen gebraucht werden: Bezahlbarer Wohnraum! Immer noch fallen mehr
39 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung als neue entstehen. Im Jahr werden
40 weniger als ein Prozent des Wohnungsbestands errichtet. Die Wohnungsfrage wird
41 daher nur im Bestand gelöst! Neben dem Neubau brauchen wir auch
42 ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dies beginnt beim Mietendeckel, geht aber über den
43 Milieuschutz bis hin zum Zweckentfremdungs- und Wohnungsaufsichtsgesetz. Hier

44 müssen dringend die Vollzugsdefizite beseitigt werden und das geht schlicht
45 nicht ohne Personal.

46 Anders als viele Wirtschaftsgüter sind Wohnungen nicht einfach eine Ware,
47 sondern Grundbedürfnis für die Menschen. Wir Grüne dürfen nicht auf diejenigen
48 reinfallen, die propagieren, dass nur der soziale Wohnungsbau die Aufgabe hätte,
49 auch diejenigen mit geringem Einkommen mit Wohnraum zu versorgen. Eigentum
50 verpflichtet – dies bedeutet, dass jeder/m, die/der Wohnraum besitzt eine
51 Verpflichtung zum Gemeinwohl zukommt. Daher darf eine grün-linke Mietenpolitik
52 nicht nur die Spitzen der Entwicklung abdämpfen, sondern muss dafür sorgen, dass
53 sich die Menschen in der Breite wieder die Wohnungen leisten können. Und dabei
54 ist es nicht ungerecht, wenn Kreuzberg nicht teurer ist als Marzahn. Wir wollen
55 nämlich eine Durchmischung in jedem Kiez unserer Stadt! Auch wenn in Wien nicht
56 alles funktioniert – zum Beispiel aufgrund des österreichischen Mietrechts – so
57 ist der Wiener Weg wohnungspolitisch der Richtige: dort leben 60 Prozent der
58 Wiener*innen in kommunalen und genossenschaftlichen Gemeindebauten, breite
59 Schichten der Bevölkerung leben zusammen, Grundstücke werden nur im Erbbaurecht
60 vergeben, die Mieten sind gedeckelt und die Stadt investiert viel in die
61 Wohnraumförderung.

62 Kommunalen Bestand massiv erhöhen

63 Wien zeigt auch: eine neue Wohnungspolitik kann nur gelingen, wenn die Stadt
64 auch erheblichen Einfluss auf den Wohnungsmarkt nehmen kann. Daher bedarf es
65 eines großen kommunalen Wohnungsbestandes. Nachdem über Jahre der städtische
66 Wohnungsbestand verramscht wurde, hat Rot-Rot-Grün nun umgesteuert. Neben dem
67 Neubau bedarf es daher auch eines massiven Ankaufs von Wohnungen. Durch
68 Rekommunalisierungen und das kommunale Vorkaufsrecht wurden mehr als 12.000
69 Wohnungen wieder der öffentlichen Hand zugeführt. Bis heute wurden durch das
70 kommunale Vorkaufsrecht über 4.000 Wohnungen bzw. Haushalte durch den Kauf oder
71 Abwendungsvereinbarungen (Vereinbarungen zwischen Käufer*in und Bezirk, welche
72 die Mieter*innen für 20 Jahre absichert) geschützt. Dies muss weitergehen,
73 besonders in den Bezirken, wo der kommunale Bestand niedrig und der
74 Verdrängungsdruck besonders hoch ist. Auch wenn wir oft dafür kritisiert werden
75 – auch von Rot-Rot – sehen wir das Instrument als sehr wirkungsvoll an, um
76 Spekulation mit Wohnraum zu unterbinden. Die Angriffe gegen die DIESE eG haben
77 dies verdeutlicht. Auch die Vergesellschaftung von großen Wohnungsbeständen
78 sehen wir als Chance für eine Neuausrichtung des Berliner Wohnungsmarkts, weil
79 dies notwendig ist wenn große Wohnungsunternehmen ihre Geschäftsmodell, Wohnraum
80 ohne Rücksicht auf die Interessen der Mieter*innen als reines Anlageobjekt zu
81 missbrauchen, nicht beenden. Wenn wir für Autobahnen enteignen, dann doch erst
82 Recht um den Menschen ein Dach über dem Kopf zu sichern. Wenn wir es ernst
83 meinen mit dem Grundrecht auf Wohnen, müssen wir alle Instrumente und Bausteine
84 nutzen, um den Wohnungsmarkt mehrheitlich gemeinwohlorientiert auszurichten. Und
85 die Zeit drängt.

86 Notbremse gegen Immobilienspekulation ziehen

87 Während früher eher private Eigentümer*innen einzelne Miets- bzw. Zinshäuser
88 gebaut bzw. gekauft haben, damit Menschen darin wohnen können, verkommt heute
89 die „Ware“ Wohnung mehr und mehr zum Spielball großer Fonds und Investor*innen.
90 Inzwischen zahlen die Käufer*innen in zentralen Lagen bis zu dem 45-fachen der
91 aktuellen Jahresnettokaltmiete. Es geht bei diesen Anlageformen nicht mehr

92 darum, mit den Mieten ein Haus auskömmlich zu bewirtschaften und auch nicht
93 darum langfristig eine gute und sozial durchmischte Hausgemeinschaft bzw. Kieze
94 zu schaffen. Es geht immer häufiger um die höchstmögliche Gewinnmaximierung. Es
95 geht leider viel zu häufig auch darum Umsatz- und Grunderwerbssteuern zu
96 umgehen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Stiglitz sagt, eine spekulative Blase
97 sei dadurch gekennzeichnet, dass Investor*innen nur noch auf den
98 Wiederverkaufswert achten und sich der Preis zunehmend von fundamentalen
99 Faktoren entfernt. Daher: die überhöhten Mieten und Kaufpreise sind Spekulation,
100 schwächen den Wirtschaftsstandort Berlin und nehmen den Menschen die eh oft
101 geringe Kaufkraft weg. Dass das alles legal ist – geschützt bzw. teilweise sogar
102 gefördert durch die Bundesregierung – das ist der eigentliche Skandal. Es geht
103 im Bund wie im Land letztlich auch darum, das Primat in der Wohnungspolitik
104 wieder zurück zu gewinnen.

105 Gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft stärken statt schwächen

106 Wir Grüne wollen einen bunten Wohnungsbestand, in dem auch alternative
107 Wohnformen möglich sind. Daher setzen wir neben dem kommunalen Bestand auch auf
108 andere gemeinwohlorientierte Player, wie z.B. Genossenschaften und das
109 Mietshäuser Syndikat. Diese müssen gefördert werden und zwar im großen Stil und
110 nicht mit schlappen 20 Millionen Euro in zwei Jahren. Die Verkaufspolitik des
111 rot-roten Senats in den 2000ern hat gezeigt, dass anders als städtische
112 Wohnungsbaugesellschaften, die bei anderen politischen Mehrheiten wieder
113 verkauft werden können, genossenschaftliches Wohnen dauerhaft vor Privatisierung
114 und Renditestreben schützt. Wenn Genossenschaften (und andere
115 gemeinwohlorientierte Player) endlich auch große Grundstücke bekommen – durch
116 Konzeptverfahren im Erbbaurecht für Belegungsrechte von bis zu 99 Jahren –
117 können im Jahr bis zu 5.000 neue, dauerhaft gemeinwohlorientierte Wohnungen
118 entstehen. Damit könnten sie einen großen Beitrag dazu leisten, das Ziel bis
119 2030 jede zweite Neubauwohnung gemeinnützig auszurichten zu erreichen. Das ist
120 nämlich eine Mammutaufgabe. Das rote Wien macht es seit Kurzem vor: wenn die
121 Stadt Baurecht vergibt müssen 2/3 der Neubauten als Sozialwohnungen errichtet
122 werden. Wien fordert jedoch nicht nur, sondern fördert dies auch finanziell
123 deutlich stärker als dies in Berlin passiert. Derzeit droht in Berlin
124 stattdessen, dass der Anteil genossenschaftlichen Wohnens sinkt.

125 Öko und Sozial gehören zusammen

126 In der Öffentlichkeit wurde immer wieder der (vermeintliche) Widerspruch von der
127 Ermöglichung von energetischen Sanierungen und dem Schutz der Mieter*innen
128 beklagt. Wir Grüne müssen jedoch zeigen, dass wir diesem neoliberalen Geist
129 entgegentreten: Die Energiewende im Gebäudebereich ist nicht Privataufgabe der
130 Mieter*innen, sondern der Gesamtgesellschaft. Das heißt konkret, dass die Kosten
131 zwischen Mieter*innen, Vermieter*innen und dem Staat jeweils fair verteilt
132 werden müssen. Wir brauchen eine staatliche Förderung der energetischen
133 Sanierung im Mietwohnungsbereich, die verpflichtend genutzt werden muss. Dazu
134 sind viel mehr als die bisher im Landeshaushalt enthaltenen 50 Millionen Euro im
135 Jahr notwendig. Wenn wir das Klima und die Mieter*innen gleichermaßen schützen
136 wollen, dann müssen wir hier deutlich mehr investieren, um diesen öko-sozialen
137 Konflikt wirklich aufzulösen.

138 Grüne Glaubwürdigkeit

139 Ob der Mietendeckel oder das kommunale Vorkaufsrecht: gerade diese Instrumente
140 haben die großen Widerstände und dicken Bretter anschaulich verdeutlicht, die es
141 zu überwältigen und bohren gilt, um eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik
142 durchzusetzen. Auch deshalb setzen wir – der grünen Tradition folgend – auf
143 Kooperation und wollen und brauchen den Rückhalt der Mieter*innen-Initiativen
144 und der Zivilgesellschaft. Sie haben schon oft bewiesen, dass sie Expert*innen
145 mit vielen progressiven Vorschlägen sind, die teils schon reale Politik geworden
146 sind. Wir haben ihnen viel zu verdanken. Jedoch müssen wir uns wohnungspolitisch
147 noch mehr Vertrauen bei den Mieter*innen-Initiativen und der Zivilgesellschaft
148 erarbeiten und Kompetenz gewinnen. Dies ist aber kein Selbstläufer. Gerade beim
149 Thema Wohnen geht es in erster Linie um Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit erlangt
150 man durch konkrete Politik vor Ort, aber auch durch Personen an der Spitze, die
151 authentisch und glaubwürdig als starke Stimme für die Mieter*innen in dieser
152 Stadt wahrgenommen werden. Auch in den Bezirken sollten wir noch viel stärker
153 mit der Mieter*innen-Bewegung zusammen arbeiten, denn gemeinsam sind wir
154 stärker!

155 Katrin Schmidberger und Thomas Weigelt (KV Xhain)

A2 Für ein klimagerechtes Berlin! - Die Berliner Energie- und Wärmeversorgung muss schnellst möglichst klimaneutral werden

Antragsteller*in: Annka Esser, Georg Kössler und Stefan Taschner

Antragstext

1 Für ein klimagerechtes Berlin! - Die Berliner Energie- und Wärmeversorgung muss
2 schnellst möglichst klimaneutral werden

3 Regenwälder brennen, Wüsten breiten sich aus, der Meeresspiegel steigt,
4 Permafrostböden tauen ungebremst auf und setzen klimaschädliche Treibhausgase
5 frei. Weltweit ist die Klimakrise für jede*n immer spürbarer. Und sie ist
6 unzweifelhaft menschengemacht.

7 Im letzten Jahr sind die Folgen durch Wetterextreme und Ernteauffälle auch in
8 Deutschland angekommen.

9 Doch während wir uns über einen nicht eintretenden Winter beschweren, verlieren
10 im globalen Süden Menschen auf Grund von Überschwemmung oder Waldbränden ihre
11 Zuhause. Sie müssen die Folgen am stärksten spüren, obwohl sie am wenigsten zu
12 dieser Krise beigetragen haben und über weniger finanzielle Mittel verfügen um
13 sich dagegen zu schützen.

14 Unser Wirtschaftssystem, was auf der Ausbeutung von Menschen und der Umwelt
15 basiert, ist Ursprung der Klimakrise.

16 Um die Krise zu stoppen, brauchen wir einen Wandel hin zu ökologischem,
17 gemeinwohlorientierten Wirtschaften. Und dieser Wandel fängt mit unserer Politik
18 an.

19 Bei jeder politischen Entscheidung muss uns klar sein: jedes Zehntel Grad
20 globale Erderwärmung bedeutet, dass Tiere und Pflanzen aussterben, dass tausende
21 Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren.

22 Unsere grün linke Antwort auf diese globale Ungerechtigkeit kann deshalb nicht
23 sein, dass wir ein bisschen Klimaschutz betreiben um die 2 Grad Grenze nicht zu
24 überschreiten. Klimaschutz muss zur Priorität werden, sodass wir alles dafür
25 tun, unter der 1,5 Grad globaler Erderwärmung zu bleiben.

26 Reiche Ländern wie Deutschland sind in der Pflicht endlich effektive Maßnahmen
27 zu ergreifen und ihre Zielsetzungen an dem zu orientieren, was renommierte
28 Wissenschaftler*innen schon lange fordern.

29 Gerade Berlin muss seiner globaler Verantwortung gerecht werden und alles dafür
30 tun um schnellst möglichst eine echte Klimaneutralität anzustreben - am Besten
31 bis 2030.

32 Die Energie- und Wärmeversorgung macht in Berlin 70% der CO2 Emissionen aus und
33 gehört damit zu den Sektoren, die am dringendsten transformiert werden müssen.

34 An der Energiewende wollen und müssen wir alle beteiligen. Deswegen wollen wir
35 unsere Energieversorgung bürger*innennah und dezentral umbauen.

36 Klimagerechtigkeit muss zu einer Aufgabe aller Berliner*innen werden. Nur wenn
37 alle ihren Teil dazu beitragen, können wir unsere Lebensweise so umbauen, dass
38 sie nicht auf Ausbeutung von Umwelt und Menschen basiert.

39 Unsere Aufgabe sehen wir dabei über Klimaschutzmaßnahmen zu informieren,
40 Berliner*innen für die Energiewende zu motivieren und ihre Ideen zu fördern
41 statt sie, wie die Bundesregierung, zu boykottierten.

42 Uns bleiben nur wenige Jahre um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, aber
43 wir sehen diese Herausforderung als Chance gemeinsam an einer besseren Welt für
44 alle zu bauen.

45 Klimaschutz braucht Priorität

46 Wir GRÜNE treten als einzige Partei für einen echten Klimavorbehalt ein. Wir
47 wollen über eine reine Klimafolgenabschätzung hinaus gehen. Es ist gut, wenn wir
48 grundlegend transparent machen, wieviel CO2 direkt oder indirekt durch Projekte
49 des Landes verursacht werden. Unsere grünen Freund*innen in Bremen entwickeln
50 dafür aktuell eine Methodik, welche wir in Berlin - sofern möglich - zeitnah
51 übernehmen sollten. Aber es muss darüber hinaus auch ein aufschiebendes Veto -
52 wie vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) vorgeschlagen - eingeführt
53 werden, welches automatisches oder durch die Senatsverwaltung für Klimaschutz
54 bzw. den Klimaschutzbeirat ausgelöst wird. Damit können Alternativen besser
55 geprüft werden und öffentliche Aufmerksamkeit hilft uns klimaschädliche Projekte
56 zu verhindern bzw. zu verändern. Damit sind klimaschädliche Projekte noch immer
57 möglich - vielleicht weil sie aus anderen Gründen unbedingt nötig sind - aber
58 sie müssen einer intensiveren Alternativenprüfung unterzogen werden.

59 Die ökologische Krise spitzt sich immer weiter zu und stellt die Basis unserer
60 Gesellschaft - eine Umwelt in der und von der wir leben können - in Frage. Es
61 wäre eine Lüge zu sagen, dass dies nicht auch einschneidende politische
62 Entscheidungen erfordert. Es wird dabei auch zu Zielkonflikten kommen und es ist
63 an uns, dass soziale und ökologische Belange dabei höher als angebliche
64 "Wirtschaftlichkeiten" gesehen werden. Denn im aktuellen neoliberalen
65 Wirtschaftssystem bedeutet dies meistens den fossilen Weg. Hier ist es an uns -
66 der Klimapartei Bündnis 90/Die Grünen - diese Zielkonflikte offensiv anzugehen
67 und gar nicht erst in einen angeblichen Widerspruch von "grün vs. rot" oder "öko
68 vs. Wirtschaft" zu geraten. Deshalb werden wir mit der Zivilgesellschaft
69 zusammen im Vorfeld der anstehenden Wahlen offen und ehrlich diskutieren, wie
70 Zielkonflikte rund um z.B. die Mobilitätswende, energetische Sanierungen,
71 Ernährung oder Stadtentwicklung möglichst fair zu lösen sind. Dazu braucht es
72 nicht nur kreative Lösungsideen, sondern auch mehr Verfahrensgerechtigkeit -
73 also eine gute Beteiligung und transparente Politik. Denn auch wenn wir es nicht
74 allen Recht machen können, muss für alle verständlich sein, warum sich für sie
75 liebgegewonnene Gewohnheiten vielleicht ändern müssen. Wir wollen dafür unser
76 Konzept eines Klima-Bürger*innenrats ausarbeiten.

77 Wer ein Dacht hat, hat auch Verantwortung!

78 Mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030) haben wir
79 einen Fahrplan zur Klimaneutralität beschlossen. Doch ein Fahrplan ist nix wert,
80 wenn der Bus im Stau steht oder garnicht kommt. Wir müssen uns trauen, in die
81 nächste Phase grüner Klimapolitik zu gehen: Nach der Erstellung von Grundlagen
82 (Mobilitätsgesetz, Umweltgerechtigkeitsatlas, Gründung Regenwasseragentur,
83 Entfesselung Stadtwerk usw.) und ausreichenden Fördermitteln - immerhin fast 100
84 Mio. Euro in 4 Jahren - muss nun eine schlaue Ordnungspolitik hinzu kommen.
85 Ansonsten leistet Berlin keinen ausreichenden Beitrag zum Klimaschutz.

86 Mit der von uns initiierten Solarpflicht kann Berlin weit über die Grenzen der
87 Bundesrepublik hinaus ein leuchtendes Beispiel sein. Denn unsere Dächer sind viel
88 zu wertvoll, um sie nicht zu nutzen um den Planeten zu retten. Das Potenzial
89 über uns ist groß! Bis zu 25% des Stroms können wir in Berlin mit Solaranlagen
90 erzeugen. Dies ist nicht nur für die eigene Bilanz wichtig, sondern auch
91 politisch. Wie wollen wir dem Land Brandenburg erklären, dass sie mehr Windräder
92 zulassen sollen, wenn wir unsere Hausaufgaben nicht machen? Mit der Solarpflicht
93 nehmen wir diese Verantwortung wahr. Dabei wollen wir nicht nur Neubauten,
94 sondern auch im Bestand (sofern eine Sanierung des Dachs ansteht) mit
95 Solaranlagen ausstatten. Wenn Eigentümer*innen dazu nicht in der Lage sind,
96 müssen sie diese Pflicht von Dritten umsetzen lassen. Das könnten die Berliner
97 Stadtwerke mittels Contracting machen.

98 Energetische Sanierung für statt gegen Mieter*innen!

99 Die sozial-ökologische Sanierung ist einer der größten Herausforderungen in der
100 Klimapolitik. Etwa die Hälfte der CO₂ Emissionen in Berlin stammen aus dem
101 Gebäudebereich. Zur Erreichung der Klimaschutzziele müssen wir die Effizienz
102 deutlich steigern.

103 Bisher wurde energetische Sanierung in erster Linie von Immobilienbesitzenden
104 zur Verdrängung genutzt. Es ist also Zeit für einen Neustart.

105 Mieter*innen dürfen nicht mehr allein die Lasten schultern. Wir setzen uns für
106 eine faire Verteilung der Kosten ein. Neben Mieter*innen muss sich auch der
107 Staat verstärkt beteiligen. Doch wir fordern auch von den Immobilienbesitzenden
108 ein, ihrer Verantwortung für den Klimaschutz endlich gerecht zu werden und sich
109 an den Kosten zu beteiligen. Wir Grüne favorisieren deswegen das sogenannte
110 Drittelmodell, wie wir es z.B. auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz
111 beschlossen haben; d.h. es beteiligen sich an den Kosten Mieter*innen, der Staat
112 über Förderprogramme und die Immobilienbesitzende.

113 Das Institut für Energie- und Umweltforschung hat für den BUNDein solches Modell
114 aufgestellt und für verschiedene Märkte durchrechnen lassen. Unsere
115 Bundestagsfraktion hat dies mit der Unterstützung unserer Abgeordnetenhaus-
116 Fraktion hat zum Anlass genommen das Modell auf seine Umsetzbarkeit zu prüfen.

117 Doch wir müssen uns nichts vormachen, so schnell bekommen wir das auf der
118 Bundesebene nicht umgesetzt. Deswegen sind wir aufgefordert zu schauen, was wir
119 wie in Berlin umsetzen können.

120 Mit dem Mietendeckel ist der Beitrag von Mieter*innen auf 1 Euro begrenzt. Er
121 gibt zudem Vorgaben, was unter energetischer Sanierung zu verstehen ist. Beides
122 ist so zu begrüßen. Ein Förderprogramm bei Senatsverwaltung Wirtschaft, Energie
123 und Betriebe soll so auflegt werden, dass es abgerufen wird und in die richtige
124 Richtung lenkt. Um jedoch Immobilienbesitzende an den Kosten zu beteiligen,
125 werden wir um Ordnungsrecht nicht herum kommen. Das Stufenmodell kann für Berlin
126 ein möglicher Schlüssel sein. Dabei soll rechtlich vorgegeben werden, wann
127 welches Haus welchen energetischen Standard erreichen muss. Das zwingt
128 Immobilienbesitzende zur energetischer Sanierung. Sollten Mieter*innenbeitrag
129 und Fördergelder nicht ausreichen muss der Immobilienbesitzende die restlichen
130 Kosten selber tragen. Wir simulieren so nicht nur das Drittelmodell, sondern
131 stellen klare Regeln und Zeitpläne auf und verteilen die Kosten auf alle
132 Schultern.

133 Denn für uns ist klar, Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit kann es
134 nicht geben!

135 Think Global - Act Local!

136 In Berlin nutzen wir alle Potenziale um radikalen Klimaschutz umzusetzen. Viele
137 Regelungen werden aber auch auf Bundes und EU-Ebene beschlossen. Wir werden uns
138 weiter im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesregierung den Ausbau
139 Erneuerbarer Energien voranbringt, den Ausstieg aus fossilen Energien einleitet
140 und EU-Richtlinien progressiv verfolgt.